

# Rechenschaftsbericht des Kreisvorstands

## Auszugsweise gehalten auf der Gesamtmitgliederversammlung in Rudolstadt am 22.02.2020

Liebe Genossinnen und Genossen,  
im Folgenden möchte ich die Arbeit des Kreisvorstandes seit dem November 2017 darstellen.

Unmittelbar nach der Gesamtmitgliederversammlung hat sich der Kreisvorstand am 15.11.2017 zu seiner ersten Sitzung in der neuen Wahlperiode getroffen.

Der Kreisvorstand ist mit folgenden Themen in seine Arbeit eingestiegen.

- Veröffentlichung der genauen Stimmzahlen der Vorstandswahl
- Brauchen wir einen Geschäftsführenden Vorstand?
- Brauchen wir eine Geschäftsordnung?

Der erste Punkt der Sitzung drehte sich also um die Frage, ob die Abstimmsergebnisse der Wahlen zum Kreisvorstand zu veröffentlichen sind. Diese Frage wurde bejaht und die Ergebnisse im Anstoß 12/2017 veröffentlicht.

Der Vorstand hat mit Beschluss – gegen die Stimmen der Geschäftsführerin und des Vorsitzenden – verneint, dass der Kreisvorstand einen geschäftsführenden Kreisvorstand braucht.

In der ersten Sitzung des Kreisvorstandes haben wir uns auch über die eigentlichen Aufgaben des Kreisvorstandes unterhalten, die ich gegenüber dem Gremium in elf Aufgaben zusammengefasst hat.

Aus Zeitgründen verzichte ich hier auf die Aufzählung dieser. Jedoch war mein Ziel, dass diese Aufgaben in Einzelverantwortung von Mitgliedern des Kreisvorstandes übernommen werden. Diese meine eigene Vorstellung davon, waren mit dem Kreisvorstand in sehr großen Teilen nicht umsetzbar. Daraus sollte auch ein geschäftsverteilungsplan erarbeitet werden und für die Mitgliedschaft kommuniziert werden. Bei der Idee musste es bleiben. Weiteres stand im Anstoß Dezember 2017.

Lediglich für eine Geschäftsordnung konnte sich der Kreisvorstand erwärmen die dann auch im Frühjahr 2018 beschlossen wurde.

In der Sitzung Januar 2018 machte ich auf den Umstand aufmerksam, dass die Vorsitzenden der Stadtverbände von Rudolstadt, Saalfeld und Bad Blankenburg der Einladung nicht gefolgt waren und auch keine Vertreter geschickt hatten. Die Vorsitzenden der Stadtverbände sollten sich direkt über die Arbeit des Kreisvorstandes bei dessen Sitzungen informieren, denn es erschwere die gemeinsame Arbeit sehr, wenn die Verbindung Kreisvorstand und Stadtverbände nicht funktioniere bzw. die Weitergabe von Informationen verzögert wird. Im Laufe der Wahlperiode wurde dieser Umstand nicht wesentlich besser.

Einen breiten Raum nahm in der Januarsitzung 2018 die Debatte um die Bürgermeisterwahlen ein. Dabei nahm der Kreisvorstand zur Kenntnis, dass die Nominierungsveranstaltung unseres parteilosen Kandidaten Thomas Persike am 15.01.2018 erfolgt war. Der Kreisvorstand verständigte sich darauf, dass die Fragen der Organisation des Wahlkampfes und der Organisation von Veranstaltungen mit Thomas Persike in der Verantwortung des Stadtverbandes Bad Blankenburg liegen. Dort wo notwendig, wollte der Kreisvorstand logistische und auch finanzielle Unterstützung leisten. Der Kreisvorstand verständigte sich weiter über das Thema Scheinkandidaturen bei Kommunalwahlen und befasste sich mit zwei Beschlussanträgen. Der Kreisvorstand beschloss, den Beschluss der Mitgliederversammlung unseres Kreisverbandes und den entsprechenden Brief an Genossin Hennig-Wellsow an alle Thüringer Kreisverbände zu übermitteln, verbunden mit der Bitte, unseren Vorschlag zur Abschaffung der kommunalen Scheinkandidaturen mit geeigneten Wortmeldungen gegenüber unserer Landtagsfraktion zu unterstützen. Weiterhin hat der Kreisvorstand beschlossen, o.g. Beschluss und Brief ebenfalls an die Kreisverbände Saalfeld-Rudolstadt von SPD und Bündnis 90/Grüne zu übermitteln, verbunden auch hier mit der Bitte, unseren Vorschlag zur Abschaffung der kommunalen Scheinkandidaturen mit geeigneten Wortmeldungen gegenüber deren Landtagsfraktionen zu unterstützen.

In der Februar-Sitzung 2018 haben wir uns u.a. mit dem Thema kommunale Zusammenarbeit beschäftigt. U.a. ging es um einen Beschlussantrag an den Stadtrat Rudolstadt, der von Gen. Kölbl eingebracht und der im Stadtvorstand Rudolstadt mehrheitlich beschlossen worden war. Die Intention des Antragstellers war, eine Fusion der Stadt Rudolstadt mit Saalfeld dauerhaft auszuschließen und die kommunale Zusammenarbeit auszubauen. Ich als Kreisvorsitzender habe beantragt, dass der

Kreisvorstand ein Treffen der LINKE-Stadtratsfraktionen im Städtedreieck beschließt. Bei diesem solle die bestehende Intensität der kommunalen Zusammenarbeit im Städtedreieck bestimmt werden. Dann galt es, aus Sicht der LINKEN Schwerpunkte für eine ggf. weitere Vertiefung der kommunalen Zusammenarbeit auszuloten. Der Kreisvorstand hat diesen Antrag einstimmig angenommen.

Das Treffen fand am 27. März 2018 statt. Die Veranstaltungsteilnehmer waren sich nach zum Teil kontroverser Diskussion zumindest darin weitestgehend einig, dass es für das Städtedreieck nicht von Nachteil wäre, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden könnten, einen Städteverbund rechtlich möglich werden zu lassen. Die Fraktionsvorsitzenden sollten sich in bestimmtem Rhythmus bei Kaffee und Kuchen treffen, so ein Vorschlag von Uli Wichert. Der Kreisvorsitzende, der die Sitzung der Stadtratsfraktionen des Städtedreiecks leitete, wies noch einmal auf die Notwendigkeit einer kommunalen linken Öffentlichkeitsarbeit hin.

In der Februar nahmen wir erfreut zur Kenntnis, dass sich unsere jungen Genossinnen und Genossen zu einer [!solid]-Gruppe zusammengeschlossen haben. Gen. Sascha Krüger ist zum Sprecher der Gruppe gewählt worden. Ab Februar 2018 war zu beobachten, wie engagiert und motiviert die Genossinnen und Genossen der Stadtverbände Bad Blankenburg und Rudolstadt den Wahlkampf für ihre Bürgermeister-Kandidat\_innen organisieren und durchführen

Der Kreisvorstand hat sich in der Sitzung März 2018 auch mit den Vorbereitungen des 1. Mai und des 200. Geburtstages von Karl Marx beschäftigt. Nachdem im Jahr 2017 die gemeinsamen Mai-Feierlichkeiten mit dem DGB anders organisiert worden waren, wurde 2018 wird die Tradition wieder aufgenommen und gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund der 1. Mai begangen.

Im Mai 2018 hat unser Vize, Gen. Treffurth, aus gegebenem Anlass darauf hingewiesen, dass es einige Jahre zuvor eine Kampagne unserer Partei unter dem Motto „Professionalisierung der Parteiarbeit“ gegeben hatte. Im Kern ging es um die Entwicklung einer politischen Arbeit im gesamten Landesverband, die von Strategie, Taktik und Struktur getragen sein soll. Nicht abgestimmte Handlungen, Informationsverluste oder Doppelungen sollten damit weitestgehend vermieden werden.

Das Kriterium der Wahrheit ist die Praxis – und in dieser kann man gelegentlich (ver)zweifeln.

Sicher, dort wo gearbeitet wird, werden Fehler gemacht, bleibt auch mal ein Termin auf der Strecke, besonders im Wahlkampf. Am 14. April 2018 gab es wieder eine Großveranstaltung an beiden Staasee-Ufern, die früher von der Linkenmühlenbrücke verbunden worden waren. Eine Einladung erreichte auch die Staatskanzlei. Der Ministerpräsident, der immer wieder seiner Sympathie für Region und Brückenbau Ausdruck gegeben hatte, war in diesen Tagen in verspätetem Osterurlaub, die Landesregierung versäumte es, einen Vertreter zu schicken. Auch aus den Fraktionen der Regierungskoalition signalisierte niemand seine Teilnahmebereitschaft. Rainer Kräuter reagierte auf die missliche Situation, sagte einen anderen Termin ab, vertrat als Abgeordneter des Landtags unsere Fraktion und gleichzeitig als Vorsitzender unseren Kreisverband und beantwortete die Fragen des Moderators aus Sicht der LINKEN, sonst wären wir nicht vertreten gewesen.

Zum Thema Brückenneubau kann man nun stehen, wie man will. Die Politik muss zur Kenntnis nehmen, dass dieses Thema die Anwohner der Region sehr bewegt und es mehr als eine Frage des Tourismus ist. Es geht hier auch um ein Stück Lebensqualität für viele Menschen der betroffenen Gemeinden im Umland. Fahrwege und Fahrzeiten zu den Betriebszeiten der Mühlen-Fähre sind ggf. noch ertragbar, jedoch nach Betriebsschluss (ab 18.00 bzw. 20.00 Uhr) oder in der Winterpause wird aus Minuten über eine Stunde und über die vielen zusätzlichen Kilometer tröstet auch die Schönheit der Landschaft nicht hinweg. Dabei wurde das Thema einer gesicherten Rettungskette noch gar nicht beleuchtet! Es geht um reale Politik im Hier und Jetzt. Auch Menschen an den Rändern unseres Landkreises haben ein Recht auf die Aufmerksamkeit der „Kümmerer“.

Am 23.06.2018 hatte der Kreisvorstand zu einer Gesamtmitgliederversammlung ins Vereinshaus in Bad Blankenburg eingeladen. Zahlreiche Genossinnen und Genossen folgten der Einladung. Die Teilnehmer konnten die Landes- und Fraktionsvorsitzende, Susanne Hennig-Wellsow, begrüßen, die in einem 20-minütigen Beitrag die aktuellen Themen der Bundes- und Landespolitik umriss. Anschließend nutzten die Genossinnen und Genossen die Möglichkeit, Fragen an sie zu stellen. Diese reichten von der Außendarstellung der Partei DIE LINKE – konkret dem Konflikt zwischen der Bundes- und der Fraktionsvorsitzenden – bis hin zu den bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen. Susanne Hennig-Wellsow stellte für die zurückliegenden Wahlen dar, dass dort, wo Bündnisse zwischen r2g geschmiedet worden waren, die Kandidaten zumeist erfolgreich waren.

Unser scheidender Bürgermeister Frank Persike richtete ein Grußwort an die Gesamtmitgliederversammlung, in dem er seine Tätigkeit in zwei Wahlperioden für die Stadt Bad Blankenburg kurz zusammenfasste. Dabei stellte Genosse Persike dar, wie r2g-Kommunalpolitik tatsächlich in den Kommunen wirkt. „Das hat die Vorgängerregierung zu keinem Zeitpunkt fertiggebracht.“ fasste Frank sein Statement zusammen. Ausführlich ging Frank Persike auf die Petition #DIE WELT SPRICHT KINDERGARTEN! FÜR DEN BEGRIFF KINDERGARTEN IM ÖFFENTLICHEN SPRACHGEBRAUCH! an den Deutschen Bundestag ein. Derzeit seien 3.000 Unterschriften gesammelt – es würden aber 15.000 für eine erfolgreiche Petition benötigt. Der Kreisvorsitzende stellte in diesem Zusammenhang erfreut fest, dass nunmehr auch der Thüringer Ministerpräsident öffentlich von Kindergarten spricht. In der Diskussion mit der Landesvorsitzenden wurde von den Diskutierenden die Frage aufgemacht, wie wir denn die Ziele der Bundes- und Landespartei umsetzen wollten. Dazu nahm der Kreisvorsitzende in der anschließenden Aussprache Stellung. „... zuerst müsse es darum gehen, dass alle Mitglieder der Partei ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Partei – was Mitgliedsbeiträge, Mandatsträgerspenden und Spenden aus den Entschädigungen als Aufsichtsratsmitglied kommunaler Unternehmen betrifft – auch tatsächlich erfüllen würden. Eine weitere wichtige Säule ist die Information – der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern – auch zwischen den in Rede stehenden Wahlen. Hier gibt es die Möglichkeit mit einer Massenzeitung zu agieren...“ Gen. Krawczyk schlug vor, den Anstoß weiter auszubauen und als solche Massenzeitung digital mit entsprechender Onlinewerbung zur Verfügung zu stellen. Dazu wird sich der Kreisvorstand weiter verständigen. Fest steht aber, so der Kreisvorsitzende weiter: „...durch unzureichende Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Partei DIE LINKE hat der Kreisverband in den letzten Jahren eine größere Summe an Mindereinnahmen zu verzeichnen, die in der Verantwortung der jeweiligen Mandatsträger und Mitglieder von Aufsichtsräten liegt...“ Der Kreisschatzmeister führte zu diesem Thema aus, dass nur acht von mehr als 40 Mandatsträgern ihre Verpflichtung gegenüber der Partei im Jahr 2018 erfüllt hätten.

In der Sitzung des Kreisvorstandes im Juli habe ich darüber informiert, dass das Thema Scheinkandidaturen, in der rot-rot-grünen Koalition an der Blockade der SPD gescheitert ist.

In dieser Sitzung verständigten wir uns auch, dass zur Durchführung der Kommunal- und Europawahlen ein Kreiswahlbüro eingerichtet werden soll. In diesem sollten Vertreter\_innen aus jedem Stadtverband des Städtedreiecks mitarbeiten. Die Benennung der jeweils Verantwortlichen sollte bis zum 1. September 2018 erfolgen. Aus dem Kreisvorstand sollten weitere zwei Vorstandsmitglieder mitarbeiten, die sich nicht aus dem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter rekrutierten.

Der Kreisvorstand kam am 28.08.2018 zu seiner August-Beratung zusammen. Zu Beginn merkte der Kreisvorsitzende an, dass er die Vorsitzenden der Stadtverbände und den Beigeordneten des Landkreises zur Beratung der jeweiligen Themen aus vielerlei Gründen gern am Tisch hätte. Seit der Vorstandswahl war, außer zum Bürgermeisterwahlkampf, trotz Einladung keiner der Stadtvorsitzenden zu Sitzungen des Kreisvorstandes aktiv beteiligt. Der Vorsitzende bat diesbezüglich um mehr Mit- und Zusammenarbeit.

Außerdem war die Sammlungsbewegung #aufstehen erstmals Thema im Kreisvorstand. Hier hat sich der Kreisvorstand darauf verständigt, die offiziellen Dokumente abzuwarten und dann mit Ruhe diese Unterlagen zur Kenntnis zu nehmen und ggf. zu bewerten.

Im Verlauf der Beratung hat der Kreisvorstand zur Durchführung der Kommunal- und Europawahl die Bildung eines Kreiswahlbüros beschlossen. In diesem sollen Vertreter aus jedem Stadtverband des Städtedreiecks und ein Mitglied der [solid]-Ortsgruppe Saalfeld-Rudolstadt sowie zwei Vorstandsmitglieder mitarbeiten. Die Benennung der jeweils Verantwortlichen sollte bis zum 01.09.2018 durch die Vorsitzenden der Stadtverbände und den Sprecher der Ortsgruppe [solid] Saalfeld-Rudolstadt erfolgen. Die zu benennenden Genossinnen und Genossen aus den Stadtverbänden sollten nicht die Mitglieder des Kreisvorstandes sein.

Im Kreisvorstand gab es eine Beschlussinitiative von Gen. Paul Kurtzke, der anregte, auch zwischen den Wahlen Infostände durchzuführen, um mit den Bürger\_innen ins Gespräch zu kommen.

Der Kreisvorstand begrüßte die Initiative ausdrücklich. Er verständigte sich darauf, dass es nicht Ziel ist, Wahlkampf für die SPD und/oder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu machen, dass es aber auch um die Darstellung der erreichten und der noch zu erwartenden Ergebnisse von r2g geht, die aus Sicht des Antragstellers nur unzureichend an die Bevölkerung vermittelt werden. Der Kreisvorstand verständigte

sich dazu auf die Einholung eines Stimmungs- und Meinungsbildes der Stadtvorsitzenden und der Vorsitzenden der Basisorganisationen bis zum 20.09.2018 und bat diesbezüglich um entsprechende Rückmeldungen. Intensiv hat sich der Kreisvorstand mit den jeweiligen Vorbereitungsständen zur Kommunalwahl beschäftigt und dabei auch die Debatte um die vom Landesvorstand einstimmig beschlossenen Wahlthesen eröffnet. Diese wird in einer gemeinsamen Kreisvorstandssitzung mit dem Kreisvorstand Sonneberg und dem Gen. Dittes am 03.09.2018 in Neuhaus/Rwg. kritisch fortgesetzt. Zur finanziellen Situation und zur Erfüllung des Beschlusses des Landesparteitages aus dem Jahr 2008 in Sömmerda wurden zwei konkretisierende Beschlüsse gefasst. Ziel ist, die finanzielle Situation des Kreisverbandes mit Hilfe der kommunalen Mandatsträger und unserer Mitglieder in den Aufsichtsräten zu verbessern.

Der Kreisvorstand hat sich in der Septembersitzung 2018 mit der Sammlungsbewegung #aufstehen auseinandergesetzt. Aus der Debatte wurden zwei Feststellungen deutlich.

- Genossin Wagenknecht hat bisher die Auseinandersetzungen im Bundesvorstand mit ihrer Nichtanwesenheit verweigert.
- Der Beschluss des Bundesvorstandes in der Sache wird mehrheitlich kritisiert. Ergebnis der Debatte: Die Bewegung #aufstehen hat bisher nicht deutlich machen können, auf welchen Wegen sie welche Veränderungen in der Gesellschaft erreichen will, ohne Partei zu sein. Dabei muss auch geklärt werden, welche Veränderungen DIE LINKE erreichen will.

Die Oktober-Beratung des Kreisvorstands fand am 16. Oktober statt. Da Rainer aufgrund eines parlamentarischen Termins nicht teilnehmen konnte, wurde die Sitzung von Birgit geleitet. Nach einer kurzen Besprechung zu den Terminen der kommenden Wochen ging es um die vielen unerlässlichen „Kleinigkeiten“, die beispielsweise in Vorbereitung der kommenden Wahlen bedacht werden müssen. Das Schwerpunktthema behandelten wir recht ausführlich als letzten Punkt: die von Landesvorstand, Landesarbeitsgemeinschaften und Einzelpersonen eingereichten Anträge an den Landesparteitag und zwei Änderungsanträge aus dem Kreisverband. Von Zustimmung für einige Anträge über „Zustimmung mit Bauchschmerzen“ bis zu „eher abzulehnen“ reichten die Meinungen der Anwesenden. Die Satzungsänderungsanträge wurden nicht einzeln besprochen, sie waren unstrittig. Pauls Änderungsantrag zur Tagesordnung wurde von der Mehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder unterstützt, so dass der Kreisvorstand Pauls Antrag mit eingereicht hat. Ziel war, dass zum Abschluss des Parteitags alle drei Strophen der Internationale gesungen werden. Einen zweiten Änderungsantrag strebten die Anwesenden außerdem an: im Antrag zur Kommunalpolitik soll das Wort „Kindertagesstätte“ durch „Kindergarten“ ersetzt werden, vor allem, um auf diese Regelung im zukünftigen Sprachgebrauch der Thüringer LINKEN hinzuwirken.

Im November hat der Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt mit 30 Mitgliedern an der gemeinsamen Mitgliederversammlung der Kreisverbände Saale-Orla und Saalfeld-Rudolstadt teilgenommen. Die Gesamtmitgliederversammlung war notwendig geworden, um im gemeinsamen Wahlkreis für die Europawahl die jeweiligen Vertreterinnen und Vertreter der Kreisverbände zu wählen, die an der Vertreter\_innenversammlung der Bundespartei teilnehmen, die im Februar des kommenden Jahres die linke Liste für die Europawahl 2019 aufstellen werden. Unser Kreisvorsitzender nutzte die Möglichkeit eines Grußwortes an die GMV, um vier Schwerpunkte darzustellen.

1. Es geht zuallererst um Zusammenhalt, Solidarität und Aufrichtigkeit der Genossinnen und Genossen unserer Partei untereinander.
2. Es geht um interne Ehrlichkeit in unserer Partei. Ich habe an dieser scharf kritisiert, dass es Genossinnen und Genossen unserer Partei gibt, die ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Landespartei nicht erfüllen.
3. Sicherlich kann man über Kooperationsmodelle von Kreisverbänden nachdenken. Keiner sollte aber denken, dass parteiinterne Zentralisierung die Schlagkraft und die Kampfkraft in der Fläche erhöhen würden. Eher führe diese Entwicklung zum Niedergang der Schlagkraft in der Fläche. Ich stellte dar, dass ein Zusammenschluss des Kreisverbandes Saalfeld-Rudolstadt mit einem anderen Kreisverband unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht verhandelt werden kann.
4. Bevor wir über den Zusammenschluss von Kreisverbänden nachdenken, müssen wir alle Kraft in die Erstellung unserer Listen für die Kommunalwahl 2019 setzen und über jüngere Kandidaten, auch auf den vorderen Plätzen, nachdenken – ohne dabei die älteren und erfahrenen Genossen zu vernachlässigen.

Zur Debatte um die Auseinandersetzung zwischen unserer Bundestagsfraktionsvorsitzenden und unserer Parteivorsitzenden fand ich deutliche Worte: „DIE LINKE. hat schon immer aus einer außerparlamentarischen Opposition heraus Kraft für die eigene Arbeit gezogen. Es liegt ausschließlich in der persönlichen Antipathie zwischen den Beteiligten, dass diese Kraft hier nicht generiert werden kann. Es wäre ein schwerer Fehler, die Bundestagsfraktionsvorsitzende abzuwählen. Alle haben in dieser Auseinandersetzung, die schnellstens beendet werden muss, Fehler gemacht.“ Heute wissen wir die Auseinandersetzung ausgegangen ist.

In der Dezembersitzung 2018 haben wir neben vielen Themen um Wahlen und Parteitage u.a. die Einnahmeseite des Kreisverbandes (Spenden kommunaler Mandatsträger und Spenden allgemeiner Art) neuerlich diskutiert, die Finanzierung des Kommunalwahlkampfes besprochen und weiter die Kommunalwahl mit Erstellung Kreiswahlprogramm und Kandidatenliste vorangetrieben.

Der Beginn des Jahres 2019 – bis zu den Kommunal- und Europawahlen – zeichnete sich dadurch aus, dass das Landeswahlbüro seine Arbeit weiter intensivierte und somit nahezu täglich Anforderungen für die Planung des Kommunal- und Europawahlkampfes an die Kreisvorstände bzw. Kreiswahlbüros adressierte. Die Vorbereitungen für die Landtagswahlen, die Aufstellung der Direktkandidaten für die Wahlkreise 28 (Altkreis Rudolstadt) und 29 (Altkreis Saalfeld) sind ebenso angelaufen. Für alle Kandidierenden wurde für den 06.03.2019 ab 17.00 Uhr eine Veranstaltung zum gegenseitigen Kennenlernen organisiert.

Die LINKE Saalfeld-Rudolstadt hat am 23. März 2019 mit 21 Kandidatinnen und Kandidaten eine breite Liste für die Kreistagswahl aufgestellt. Dafür hatten sich 61 Genossinnen und Genossen im Vereinshaus in Bad Blankenburg eingefunden. Nach den üblichen Verfahren mit Beschlussfassung Tagesordnung, Wahlordnung und Geschäftsordnung, nahm die Versammlung ihre Arbeit auf. Zu Beginn hatte unser Kreisvorsitzender linke kommunalpolitische Leitlinien dargestellt, wie diese auf der 3.Tagung des 4. Bundesparteitages beschlossen worden waren. Dazu der Kreisvorsitzende: „Kommunalpolitik ist konkret und vielfältig. Sie ist unmittelbare, direkte Politik. Hier findet ein spürbarer Kontakt zwischen den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern und den Einwohnerinnen und Einwohnern statt. Je besser und effektiver dieser Kontakt ist, desto erfolgreicher ist Kommunalpolitik. Unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger setzen sich für eine direkte Einflussnahme und Mitgestaltung politischer Prozesse durch die Einwohnerinnen und Einwohner ein.“ Rainer Kräuter stellte in seinem Eingangsstatement auch die besondere Verantwortung der Gesamtmitgliederversammlung für den notwendigen Generationswechsel und für ein deutliches Signal für die Übernahme von Verantwortung durch jüngere Kandidaten auf der Liste dar. Hierbei bezog sich Rainer auf die Generation unter 40 und auch unter 20. Zur Listenaufstellung hat unser Kreisvorsitzender gegenüber den Medien folgende Erklärung abgegeben: „Ich freue mich über jede Bürgerin und jeden Bürger, der mit uns linke Politik machen will und mit auf unserer Liste kandidiert. Unseren aktuellen Fraktionsvorsitzenden Hubert Krawczyk haben wir auf Platz 1 gewählt. Mit Franziska Kölbl kehrt eine erfahrene Kommunalpolitikerin zurück und verstärkt die weibliche Note der Liste. Mit ihr wollen weitere drei Frauen linke Kommunalpolitik vorantreiben. Bei der Wahl der „gemischten Liste“ hat sich gezeigt, dass die Mitglieder des Kreisverbandes zuerst auf kommunale Erfahrung setzen und dann jüngeren Bewerbern den Vorzug vor weiteren Kandidaten gaben. Somit stehen mit Klaus Biedermann, Karsten Treffurth und Rainer Kräuter die bisherigen Kreistagsmitglieder vorn, die von Frank Persike, Paul Kurtzke und Sascha Krüger gefolgt werden. Nun muss es darum gehen, linke Kommunalpolitik auf die Straßen und Plätze zu bringen.“ In seinem Schlussbeitrag dankte der Vorsitzende allen, die zum Gelingen beigetragen hatten. Im Rahmen der Gemeindeneugliederung schlossen sich Oberweißbach, Mellenbach-Glasbach und Meuselbach-Schwarzühle zur neuen Stadt Schwarzatal zusammen. In dieser wird es in Zukunft von uns, der Partei DIE LINKE, eine Basisorganisation vor Ort geben, wie es sie zuvor z.B. in Mellenbach-Glasbach gab. Als Vorsitzender der Basisorganisation wurde Genosse Jan Schmiester von den anwesenden Mitgliedern gewählt. Unter den Gästen zur Gründung des Stadtverbandes Schwarzatal waren unter anderem Genosse Sascha Krüger für den Vorstand des Kreisverbandes Saalfeld-Rudolstadt und Genosse Louis Kurtzke als Sprecher der Linksjugend [‘solid] Ortsgruppe Saalfeld-Rudolstadt, sowie mehrere Sympathisantinnen und Sympathisanten. Die Aufstellung einer Kommunalwahlliste für den Stadtrat der neuen Stadt Schwarzatal ist mit dieser Gründung ermöglicht worden. Der Kreisvorstand sah es als wichtig an, sich mit der Basis mehr zu verständigen, dabei ist es nicht relevant, ob die

Basisorganisation drei oder 80 Mitglieder hat, wichtig ist die aktive Kommunikation mit den Akteuren vor Ort, um für unsere Ziele zu kämpfen.

Im Mai wurde das Wahlprogramm des Kreisverbandes DIE LINKE. Saalfeld-Rudolstadt für die Kreistagswahl 2019 erarbeitet.

Die Vorbereitung und Durchführung der Gesamtmitgliederversammlung und auch der beiden Aufstellungsveranstaltungen für die Landtagswahl 2019 war im Monat Mai und verschiedene andere Anlässe von hoher Professionalität geprägt. An dieser Stelle ist es mir wichtig, den Machern DANKE zu sagen. Im Anstoß Juni 2019 hatte ich meiner Wahrnehmung Ausdruck verliehen, dass wir in unserer Partei mit zu wenig Dankesworten arbeiten. Vieles oder fast alles wird als Selbstverständlichkeit hingenommen, ohne darüber nachzudenken, dass wir doch hier alle im Ehrenamt unterwegs sind und keiner hauptamtlich für die Partei arbeitet. Darum sind mir diese Worte an dieser Stelle noch einmal wichtig.

Da gab es noch ein anderes Ereignis, über das ich an dieser Stelle schreiben will. Das Wahlergebnis zur Kommunalwahl kennen wir. Es kann uns nicht gefallen. Dazu mein Statement zum Jahreswechsel auf 2019 zur Erinnerung: „Wenn wir Linken uns weiter so um des Kaisers Bart streiten und auch persönlich verletzen, werden wir bei den kommenden Wahlen keinen Blumentopf gewinnen. Wir brauchen Geschlossenheit, wir brauchen gegenseitiges Verständnis und wir brauchen keine Auseinandersetzung um den i-Punkt. Wir dürfen unsere Zeit auch nicht in zermürbenden satzungsrechtlichen Debatten verschwenden, wie wir das jüngst – zunehmend auch im Kreisvorstand – getan haben. Viele von uns meinen, dass das Jahr 2019 ein Schicksalsjahr oder gar ein Superwahljahr ist. Dem kann ich mich nicht anschließen. Das Jahr 2019 wird uns bei den fünf Wahlen, die vor uns liegen, das Arbeitsergebnis oder Zeugnis liefern, was wir in den jeweils zu Ende gehenden Wahlperioden geleistet haben. Dass wir das Ergebnis unserer Leistung nicht in jedem Fall offensiv nach außen kommuniziert haben, dass wir zu wenig mit den Bürgerinnen und Bürgern gesprochen haben, dass wir uns zu wenig um uns selbst gekümmert haben, um unsere finanzielle Basis – all das wird uns im Jahr 2019 in der einen oder anderen Weise vom Wähler quittiert werden. Dabei leiste ich mir nicht den Luxus, auf andere zu schießen, ich muss bei mir anfangen. Das eine oder andere habe ich auf die Prüfbank gestellt und mich gefragt, ob ich mit der Erwartungshaltung, die ich mit meiner ersten Wahl zum Kreisvorsitzenden für mich selbst verbunden habe, auf der Erfüllungsspur bin. Ich will diesen Prozess sehr gerne positiv sehen – bei scharfer Betrachtung bleibt davon aber nicht sehr viel übrig. Ob es nun gut ist, dass das Glas zu einem Viertel gefüllt ist oder ob es schlecht ist, dass es zu dreiviertel leer ist, mag man betrachten, wie man will. Eines ist aber ganz sicher: das Jahr 2019 wird als vierte Wahl die des Kreisvorstandes bringen. Dann muss der Kreisverband einen Strich ziehen, dann müssen sich unsere Mitglieder fragen, ob es eine neue Kraft an der Spitze des Kreisverbandes braucht. Ich werde bis dahin weiter an der Erfüllungsspur meiner Erwartungshaltung arbeiten, damit ich eine geordnete Basis mit etwas weniger Baustellen übergeben kann.“

Ich möchte noch einige Sätze zum Landtagswahlkampf verlieren. Das Ergebnis des Landtagswahlkampfes kennen wir. Die aktuelle Lage um die Regierungsbildung kennen wir auch, die sich nahezu täglich ändert. Im Namen des Kreisvorstandes auch in meinem eigenen Namen möchte ich Danke sagen für einen engagierten Wahlkampf. Meine Einschätzung zur Landtagswahl, die ich im November 2019 und am 03.01.2020 getroffen habe, waren falsch und nicht objektiv. Das möchte ich mit diesen Worten geradegestellt wissen.

Nach den Landtagswahlen hat sich der Kreisvorstand um die Organisation der Kreisvorstandswahlen gekümmert, die heute also stattfindet.

Zahlreiche GenossInnen bewerben sich heute um Positionen im Kreisvorstand.

Die meisten von uns werden aber heute nicht für den Kreisvorstand oder andere Funktionen kandidieren. Man braucht keine Funktion, um in unserer Partei etwas zu bewegen. Insoweit seid Ihr alle zur Mitarbeit ausdrücklich eingeladen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.